

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Studienbücher**

Ute Mager

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung
der europarechtlichen Bezüge

9., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG **Studienbücher**

Ute Mager

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht
unter Berücksichtigung
der europarechtlichen Bezüge

9., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Staatsrecht I

Staatsorganisationsrecht unter Berücksichtigung der
europarechtlichen Bezüge

begründet von

Prof. Dr. Dr. h.c. Ingo von Münch

fortgeführt und neu bearbeitet von

Prof. Dr. Ute Mager

9., überarbeitete Auflage

Verlag W. Kohlhammer

Bis zur 8. Auflage erschienen als
von Münch/Mager
Staatsrecht I

9. Auflage 2021

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-036787-6

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-036788-3

epub: ISBN 978-3-17-036789-0

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Gegenstand des nunmehr in 9. Auflage erscheinenden, überarbeiteten und aktualisierten Lehrbuchs ist das deutsche Staatsorganisationsrecht unter Berücksichtigung der europarechtlichen Einflüsse. Es werden die Staatsstrukturprinzipien, die Staatsorgane und die Staatsfunktionen einschließlich der Finanzverfassung erläutert. Vorausgestellt ist ein kurzer verfassungsgeschichtlicher Abriss. Fälle mit klausurmäßig ausformulierten Lösungen ermöglichen die anwendungsbezogene Vertiefung des Stoffes. Nach jedem Abschnitt wird auf Leitentscheidungen und aktuelle Rechtsprechung sowie auf Ausbildungsliteratur hingewiesen.

Prof. Dr. Ute Mager lehrt Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg.

Vorwort

Mit der neunten Auflage wird das in der siebten Auflage völlig neu bearbeitete, von Ingo von Münch begründete Lehrbuch zum Staatsrecht erneut aktualisiert. Auch wurden Fehler, die sich leider nie völlig vermeiden lassen, beseitigt. Das bewährte Konzept der Verbindung von systematischer Darstellung und veranschaulichenden Fällen mit Lösungen bleibt erhalten und soll zum selbständigen Arbeiten einladen.

Das Lehrbuch beginnt mit einem verfassungshistorischen Überblick. Die weitere Darstellung des Stoffes folgt im Wesentlichen dem Aufbau des Grundgesetzes. Das Fundament bilden die Staatsstrukturprinzipien. Sie werden zunächst kurz vorgestellt, um sodann – stets mit Rückbezug auf sie – ihre Konkretisierung und Entfaltung in den einzelnen Abschnitten des Grundgesetzes über die Staatsorgane und Staatsgewalten zu erläutern. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den Staatsstrukturprinzipien, die sich wiederum auf die Konkretisierungen zurück beziehen kann, bildet den letzten Teil des Buches. Diese zirkuläre Struktur entspricht dem für das rechtswissenschaftliche Arbeiten typischen Erkenntniszuwachs durch die Wechselbezüglichkeit von Allgemeinem und Besonderem, Abstraktem und Konkretem. Auch wenn es als Studienbuch geeignet und darauf angelegt ist, von vorne nach hinten gelesen zu werden, ist dies nicht die einzige Möglichkeit, es zu nutzen. Die Gliederungsübersicht und das Sachverzeichnis helfen den gerade aktuellen Gegenstand des Interesses zu finden. Für eine gewinnbringende Lektüre ist es in jedem Fall nötig, das Grundgesetz und ggf. weitere Gesetzestexte zur Hand zu haben und die angesprochenen Vorschriften nachzulesen. Um zu einem vertieften Verständnis des

Staatsrechts zu gelangen, ist es außerdem unabdingbar, die wichtigsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu studieren, auf die in den Fußnoten, am Ende einzelner Abschnitte sowie im Verzeichnis wichtiger Rechtsprechung am Ende des Buches hingewiesen wird. Die Literaturangaben beschränken sich in den rechtsdogmatischen Teilen bewusst vor allem auf Ausbildungsliteratur, denn der Zugang zu weitergehender Literatur für Forschungszwecke ist über Datenbanken und Kommentarliteratur ohne weiteres möglich.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, dass in diesem Buch regelmäßig das generische Maskulinum verwendet wird, die männliche Bezeichnung also beide Geschlechter umfasst.

Ich hoffe, dass die Leserinnen und Leser mit diesem Buch einen Zugang zum Staatsrecht sowie Anregungen und Ermunterung finden, nicht mehr aufzuhören, „warum?“ zu fragen und in Ausrichtung an der Idee der Gerechtigkeit und am geltenden Recht nach Antworten zu suchen.

Für Unterstützung bei der Aktualisierung bedanke ich mich herzlich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, namentlich Rabia Atasoy, Felix Bruckert, Eva Degitz, Olivia Herbstritt, Nicolas Lang, Navin Mienert und Annika Siry.

Für organisatorische Unterstützung danke ich Frau Gioseppina Klingmann. Nicht zuletzt möchte ich vor allem Frau Ass. jur. Karin Baither und zudem Frau Stefanie Föhl aus dem Lektorat des Kohlhammer-Verlags für die sehr gute und angenehme Zusammenarbeit herzlich danken.

Über Hinweise und Anregungen freue ich mich. Schreiben Sie an ute.mager@jurs.uni-heidelberg.de.

Heidelberg, im April 2021

Ute Mager

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Literaturhinweise

Einführung

1. Begriff und Aufgaben des Staates
2. Die grundlegenden Rechtsbeziehungen im Staat
3. Stellung des Staatsorganisationsrechts im Rechtssystem (inkl. unionsrechtlicher und völkerrechtlicher Bezüge)
4. Verfassungsauslegung

Erster Teil: Verfassungsgeschichtliche Grundlagen, Entstehungsgeschichte, Entwicklungsgeschichte

1. Kapitel: Verfassungsgeschichtliche Grundlagen

1.1 Meilensteine der neuzeitlichen Verfassungsgeschichte

1.2 Verfassung der Frankfurter Paulskirche

1.3 Die Weimarer Reichsverfassung

2. Kapitel: Entstehungsgeschichte

2.1 Kapitulation

2.2 Aufbau von unten nach oben (Landesverfassungen)

2.3 Vom Herrenchiemseer Verfassungsentwurf über den Parlamentarischen Rat bis zum Inkrafttreten des Grundgesetzes

3. Kapitel: Bedeutende Verfassungsänderungen vor der Wiedervereinigung

3.1 Wehrverfassung 1954/56

3.2 Notstandsverfassung 1968

3.3 Bundesstaatliche Kompetenzverteilung und Finanzreform

4. Kapitel: Wiedervereinigung

4.1 Das geteilte Deutschland

- 4.2 Der Weg zur Wiedervereinigung
- 4.3 Die rechtliche Wiedervereinigung
 - 4.3.1 Der Einigungsvertrag
 - 4.3.2 Der Wahlvertrag
 - 4.3.3 Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag
- 5. Kapitel: Bedeutende Verfassungsänderungen infolge und nach der Wiedervereinigung
 - 5.1 Die Ergebnisse der Arbeit der Gemeinsamen Verfassungskommission
 - 5.2 Europäische Integration
 - 5.3 Föderalismusreform I
 - 5.4 Verfassungsänderungen nach der Föderalismusreform I, insbesondere Föderalismusreform II und weitere Änderungen

Zweiter Teil: Verfassungsänderung und Verfassungskern

Fall 1: Das Staatsoberhaupt der Republik

- 1. Kapitel: Verfassungsänderung
 - 1.1 Art. 79 Abs. 1 und 2 GG
 - 1.2 Art. 79 Abs. 3 GG: Die „Ewigkeitsgarantie“
- 2. Kapitel: Überblick über die Staatsstrukturbestimmungen
 - 2.1 Republik und Demokratie
 - 2.2 Rechtsstaat
 - 2.3 Sozialstaat
 - 2.4 Bundesstaat
- 3. Kapitel: Grundlagen und Grenzen der europäischen Integration
- 4. Kapitel: Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes
 - 4.1 Beteiligung an zwischenstaatlichen Einrichtungen
 - 4.1.1 Übertragung von Hoheitsrechten
 - 4.1.2 Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit
 - 4.1.3 Beitritt zu internationaler Schiedsgerichtsbarkeit
 - 4.2 Geltung der allgemeinen Regeln des Völkerrechts

4.3 Verbot des Angriffskrieges und Kriegswaffenkontrolle

Lösung zu Fall 1: Das Staatsoberhaupt der Republik

Dritter Teil: Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus

1. Kapitel: Das Staatsvolk in Bund und Ländern

2. Kapitel: Wahlen

Fall 2: Sperrklausel

2.1 Wahlsysteme

2.2 Die Wahlrechtsgrundsätze

2.2.1 Allgemeinheit der Wahl

2.2.2 Unmittelbarkeit der Wahl

2.2.3 Freiheit der Wahl

2.2.4 Gleichheit der Wahl

2.2.5 Geheime Wahl

2.3 Das Wahlsystem nach dem Bundeswahlgesetz

2.3.1 Mit Personenwahl verbundene Verhältniswahl

2.3.2 Die Umrechnung der Wählerstimmen auf die
Verteilung der Parlamentssitze

2.4 Wahlen und europäische Integration

2.4.1 Bedeutung der europäischen Integration für
das Wahlrecht nach Art. 38 GG

2.4.2 Wahlen zum Europäischen Parlament

2.5 Wahlprüfung

Lösung zu Fall 2: Sperrklausel

3. Kapitel: Parteien

Fall 3: Spitzenkandidaten

3.1 Allgemeine Bedeutung des Art. 21 GG

3.2 Parteienbegriff

3.3 Innere Demokratie

3.3.1 Innerparteiliche Wahlen

3.3.2 Rechtsanspruch auf Aufnahme?

3.3.3 Ausschluss und Ordnungsmaßnahmen

3.4 Freiheit und Gleichheit

3.5 Parteienverbot

3.5.1 Materielle Voraussetzungen

3.5.2 Verfahren

- 3.5.3 Praxis
- 3.6 Parteienfinanzierung
 - 3.6.1 Steuerrechtlicher Ansatz
 - 3.6.2 Wahlkampfunterstützung
 - 3.6.3 Chancengleichheit
 - 3.6.4 Neuorientierung: staatliche Teilfinanzierung der politischen Arbeit
- 3.7 Die Rechenschaftspflicht der Parteien
- 3.8 Rechtsschutz von Parteien

Lösung zu Fall 3: Spitzenkandidaten

Vierter Teil: Die obersten Staatsorgane

1. Kapitel: Der Bundestag

Fall 4: Mandatsverlust bei Parteiwechsel?

Fall 5: Zulagen

- 1.1 Organe, Verfahrensprinzipien und Geschäftsordnungsautonomie
 - 1.1.1 Überblick über die Organe des Bundestages
 - 1.1.2 Die Rechtsnatur der Geschäftsordnung des Bundestages
 - 1.1.3 Organisationsprinzipien, insbes. das Mehrheitsprinzip
 - 1.1.4 Der Bundestagspräsident
- 1.2 Abgeordnetenstatus
 - 1.2.1 Das repräsentative Mandat
 - 1.2.1.1 Unabhängigkeit, Gemeinwohlbindung und Fraktionsdisziplin
 - 1.2.1.2 Einflussnahmen Dritter
 - 1.2.1.3 Transparenzpflichten
 - 1.2.2 Das Recht auf gleiche Mitwirkung
 - 1.2.2.1 Das Prinzip der Beteiligung aller
 - 1.2.2.2 Mitwirkung von fraktionslosen Abgeordneten in Ausschüssen
 - 1.2.2.3 Stimmrecht von fraktionslosen Abgeordneten in Ausschüssen?
 - 1.2.2.4 Rechtsstellung fraktionsloser Abgeordneter im Übrigen

- 1.2.3 Das Recht auf gleiche Entschädigung
- 1.2.4 Indemnität und Immunität
 - 1.2.4.1 Indemnität
 - 1.2.4.2 Immunität
- 1.2.5 Sonstige Rechte und Pflichten
 - 1.2.5.1 Art. 47 GG: Zeugnisverweigerungsrecht
 - 1.2.5.2 Rechte zur Ermöglichung der Mandatsübernahme und Mandatsausübung
 - 1.2.5.3 Insbesondere: Anspruch auf angemessene Entschädigung
- 1.2.6 Verlust der Mitgliedschaft im Bundestag
- 1.3 Fraktionen und Gruppen
 - 1.3.1 Begriff und Rechtsnatur der Fraktion
 - 1.3.2 Rechte von Fraktionen
 - 1.3.3 Der Gruppenstatus
 - 1.3.3.1 Ableitung aus dem Abgeordnetenstatus und der Geschäftsordnungsautonomie
 - 1.3.3.2 Beteiligung an Ausschüssen
- 1.4 Die Aufgaben des Bundestages
 - 1.4.1 Gesetzgebung
 - 1.4.1.1 Vorbehalt des Gesetzes und Wesentlichkeitstheorie
 - 1.4.1.2 Vorbehalt des Gesetzes und Gesetzesvorbehalt im Bereich der Leistungsverwaltung
 - 1.4.2 Kurationsfunktion
 - 1.4.3 Kontrolle
 - 1.4.3.1 Allgemeines Informations- sowie Zitier- und Interpellationsrecht (Art. 43 Abs. 1 GG)
 - 1.4.3.2 Untersuchungsausschüsse
 - 1.4.3.3 Kollegialenqueten und Enquete-Kommissionen
 - 1.4.4 Mitwirkung in Angelegenheiten der EU
 - 1.4.5 Mitwirkung an der auswärtigen Gewalt
 - 1.4.5.1 Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG)

1.4.5.2 Konstitutiver Parlamentsvorbehalt für
bewaffnete Bundeswehreinheiten im Ausland

Lösung zu Fall 4: Mandatsverlust bei Parteiwechsel

Lösung zu Fall 5: Zulagen

2. Kapitel: Der Bundesrat

2.1 Stellung und Funktion des Bundesrates

2.2 Besetzung

2.3 Organisation und Verfahren

2.3.1 Organe des Bundesrates

2.3.2 Verfahren, insbes. Abstimmung im Bundesrat

2.3.2.1 Öffentlichkeitsgrundsatz

2.3.2.2 Einheitliche Stimmabgabe

2.3.2.3 Mehrheit

2.3.2.4 Rechtsfolgen einer uneinheitlichen
Stimmabgabe

2.4 „Mitwirkung“: Die Aufgaben im Einzelnen (Art. 50
GG)

2.4.1 Mitwirkung bei der Gesetzgebung (Art. 76 ff.
GG)

2.4.1.1 Unterscheidung von Einspruchsgesetzen
und Zustimmungsgesetzen

2.4.1.2 Liste der Verfassungsnormen, die
Zustimmungsbedürftigkeit von Gesetzen
anordnen

2.4.1.3 Feststellung der
Zustimmungsbedürftigkeit im Einzelfall

2.4.2 Mitwirkung bei der Verwaltung des Bundes

2.4.3 Mitwirkung in Angelegenheiten der EU (Art.
23 Abs. 1, 2, 4-6 GG; EUZBLG)

2.4.4 Sonstige Befugnisse

3. Kapitel: Gemeinsamer Ausschuss

3.1 Stellung und Funktion

3.2 Zusammensetzung

3.3 Aufgaben und Befugnisse

4. Kapitel: Der Bundespräsident

Fall 6: Chancengleichheit

- 4.1 Allgemeines zu Stellung und Funktion
- 4.2 Wahl des Bundespräsidenten
 - 4.2.1 Zusammensetzung des Wahlorgans
Bundesversammlung
 - 4.2.2 Zusammentritt der Bundesversammlung
 - 4.2.3 Wählbarkeitsvoraussetzungen und
Wahlverfahren
 - 4.2.4 Inkompatibilitäten und Amtseid
- 4.3 Amtsende, Vertretung, Präsidentenanklage,
Immunität
- 4.4 Aufgaben
 - 4.4.1 Integration im staatlichen („Staatsnotar“) und gesellschaftlichen Bereich
 - 4.4.1.1 Erstvorschlag in Bezug auf die
Bundeskanzlerwahl
 - 4.4.1.2 Ernennung des Bundeskanzlers, der
Bundesminister und anderer Amtsträger
 - 4.4.1.3 Ausfertigung von Gesetzen
 - 4.4.1.4 Begnadigungen
 - 4.4.1.5 Festlegung von Staatssymbolen
 - 4.4.1.6 Öffentliche Auftritte und Ähnliches
 - 4.4.2 Repräsentation und Vertretung nach außen
 - 4.4.3 Reservebefugnisse
 - 4.4.3.1 Misslingen der Kanzlerwahl
 - 4.4.3.2 Scheitern der Vertrauensfrage
 - 4.4.3.3 Gesetzgebungsnotstand
 - 4.4.4 Die Gegenzeichnung der Präsidialakte (Art. 58 GG)
 - 4.4.4.1 „Anordnungen und Verfügungen“ als
Gegenstand der Gegenzeichnungspflicht
 - 4.4.4.2 Ausnahmen von der
Gegenzeichnungspflicht
 - 4.4.5 Standardproblem: Das Prüfungsrecht des
Bundespräsidenten
 - 4.4.5.1 In Bezug auf Ernennungen und
Entlassungen

4.4.5.2 In Bezug auf die Ausfertigung von Gesetzen

Lösung zu Fall 6: Chancengleichheit

5. Kapitel: Die Bundesregierung

Fall 7: Waffenexporte

5.1 Stellung und Funktion

5.2 Regierungsbildung

5.2.1 Unterschiede zwischen Kanzlerwahl und Ministerbestellung

5.2.2 Persönliche Voraussetzungen

5.2.3 Kanzlerwahl und -ernennung

5.2.4 Kabinettsbildungsrecht und Organisationsgewalt des Bundeskanzlers

5.3 Die Organisation der Bundesregierung

5.4 Aufgaben und Befugnisse des Bundeskanzlers

5.4.1 Die Richtlinienkompetenz

5.4.2 Kabinettsvorsitz

5.4.3 Sonstiges

5.4.4 Stellvertretung des Bundeskanzlers

5.5 Aufgaben und Befugnisse der Bundesminister

5.5.1 Überblick

5.5.2 Informationshandeln

5.5.3 Sonderbefugnisse einzelner Minister

5.5.4 Die Vertretung der Bundesminister

5.6 Aufgaben und Befugnisse der Bundesregierung als Kollegium

5.6.1 Überblick

5.6.2 Insbesondere: Erlass von Rechtsverordnungen

5.7 Beendigung der Amtszeit

5.7.1 Der Regelfall und unregelmäßige Fälle der Beendigung

5.7.2 Das konstruktive Misstrauensvotum

5.7.3 Die Vertrauensfrage (Art. 68 GG)

5.7.3.1 Bedeutung und Überblick über das Verfahren

5.7.3.2 Praxis

5.7.3.3 Auslegungsprobleme

Lösung zu Fall 7: Waffenexporte

Fünfter Teil: Die Staatsfunktionen im föderalen Staat

1. Kapitel: Gesetzgebung

Fall 8: Gesundheitsreformvorschaltgesetz

1.1 Funktion und Bedeutung des Gesetzes

1.2 Verteilung der Gesetzgebungsbefugnisse

1.2.1 Die ausschließliche Gesetzgebung des Bundes

1.2.2 Die konkurrierende Gesetzgebung

1.2.2.1 Sperrwirkung gegenüber den Ländern

1.2.2.2 Erfordernis einer bundeseinheitlichen Regelung

1.2.2.3 Abweichungsbefugnisse der Länder

1.2.2.4 Konsequenzen bei Wegfall der bisherigen Kompetenzgrundlage

1.2.3 Zusammentreffen verschiedener Kompetenztitel

1.2.4 Stillschweigend mitgeschriebene und ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen

1.2.4.1 Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs

1.2.4.2 Annexkompetenz

1.2.4.3 Bundeskompetenz kraft Natur der Sache

1.2.5 Normative Verweisungen als Problem der Gesetzgebungskompetenz

1.3 Das Verfahren der Bundesgesetzgebung

1.3.1 Gesetzesinitiative (Art. 76 GG)

1.3.1.1 Die Berechtigten

1.3.1.2 Die Einbeziehung von Bundesrat bzw. Bundesregierung in der Initiativphase

1.3.1.3 Umgehen des Bundesrates in der Initiativphase

- 1.3.2 Beratung und Beschluss im Bundestag (Art. 76 Abs. 3 Satz 6, Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG)
 - 1.3.3 Beteiligung des Bundesrates
 - 1.3.3.1 Die Mitwirkung des Bundesrates bei Einspruchsgesetzen
 - 1.3.3.2 Die Mitwirkung des Bundesrates bei Zustimmungsgesetzen
 - 1.3.4 Gegenzeichnung, Ausfertigung und Verkündung
 - 1.4 Delegierte Rechtssetzung
 - 1.4.1 Grund und Grenzen der Delegation
 - 1.4.1.1 Sinn und Zweck von Art. 80 GG
 - 1.4.1.2 Abgrenzung der Rechtsverordnung von anderen Formen exekutiver Normsetzung
 - 1.4.1.3 Begriff der Delegation
 - 1.4.1.4 Problem: Änderung von Rechtsverordnungen durch Gesetz?
 - 1.4.2 Die Anforderungen an die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage
 - 1.4.3 Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG)
 - 1.4.4 Verfahren
 - 1.4.4.1 Die Beteiligung des Bundesrates
 - 1.4.4.2 Sonstige Beteiligungen
 - 1.4.5 Ausfertigung und Verkündung (Art. 82 Abs. 1 Satz 2 GG)
 - 1.4.6 Wirksamkeitsvoraussetzungen
- Lösung zu Fall 8: Gesundheitsreformvorschaltgesetz*
2. Kapitel: Verwaltung
- Fall 9: Atomkraft*
- Fall 10: Schulnetzplanung*
- 2.1 Verwaltung als Staatsfunktion
 - 2.2 Die Verteilung der Verwaltungskompetenzen zwischen Bund und Ländern
 - 2.2.1 Die Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder als eigene Angelegenheit (Art. 83, 84 GG)

- 2.2.1.1 Zur Kompetenz für Organisation und Verfahren
- 2.2.1.2 Rechtsaufsicht des Bundes
- 2.2.2 Die Ausführung von Bundesgesetzen durch die Länder im Auftrag des Bundes
 - 2.2.2.1 Anwendungsbereich
 - 2.2.2.2 Zur Kompetenz für Organisation und Verfahren
 - 2.2.2.3 Personalentscheidungen
 - 2.2.2.4 Weisungsbefugnis des Bundes im Rahmen der Fachaufsicht
- 2.2.3 Die Ausführung der Bundesgesetze durch den Bund (Art. 86 GG)
 - 2.2.3.1 Überblick über die Typen der Bundesverwaltung
 - 2.2.3.2 Bundesverwaltung mit eigenem Unterbau
 - 2.2.3.3 Privatisierung von Infrastruktureinrichtungen
 - 2.2.3.4 Bundesverwaltung durch Bundesoberbehörden und Zentralstellen
 - 2.2.3.5 Bundesverwaltung durch bundesunmittelbare Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts
- 2.2.4 Exkurs: Ministerialfreie Räume
- 2.2.5 Gemeinschaftsaufgaben und andere Formen des föderalen Zusammenwirkens
- 2.2.6 Rechts- und Amtshilfe, Bundesintervention, Bundeszwang
- 2.2.7 Allgemeine Verfassungsgrundsätze der Verwaltungszuständigkeit und Verwaltungsorganisation
- 2.2.8 Vollziehung von Unionsrecht
- 2.3 Gemeindliche Selbstverwaltung
 - 2.3.1 Grundlagen

- 2.3.2 Historische Sichtweisen der kommunalen Selbstverwaltung
- 2.3.3 Die Garantie der gemeindlichen Selbstverwaltung gemäß Art. 28 Abs. 2 GG
 - 2.3.3.1 Die Garantie von Gemeinden als Gebietskörperschaften
 - 2.3.3.2 Die Garantie der Selbstverwaltung
 - 2.3.3.3 Rechtsschutz
- 2.4 Die verfassungsrechtlichen Grundlagen des öffentlichen Dienstes
 - 2.4.1 Grundlagen
 - 2.4.2 Der Funktionsvorbehalt des Art. 33 Abs. 4 GG
 - 2.4.3 Der Regelungsauftrag des Art. 33 Abs. 5 GG
 - 2.4.4 Die Gleichheit des Zugangs zu öffentlichen Ämtern (Art. 33 Abs. 2 GG)
 - 2.4.5 Das Diskriminierungsverbot des Art. 33 Abs. 3 GG

Lösung zu Fall 9: Atomkraft

Lösung zu Fall 10: Schulnetzplanung

3. Kapitel: Die Rechtsprechung

Fall 11: Das strafende Finanzamt

- 3.1 Die Rechtsprechung als „dritte Gewalt“
- 3.2 Der Begriff der Rechtsprechung im Sinne des Art. 92 GG
- 3.3 Die Organisation der Gerichtsbarkeit
 - 3.3.1 Die fünf Gerichtszweige
 - 3.3.2 Weitere Bundesgerichte
 - 3.3.3 Verbot von Ausnahmegerichten
 - 3.3.4 Anspruch auf den gesetzlichen Richter
 - 3.3.4.1 Folgen für die Organisation
 - 3.3.4.2 Der EuGH als gesetzlicher Richter im Sinne des Art. 101 Abs. 1 Satz 2 GG
- 3.4 Die Rechtsstellung der Richter
- 3.5 Gewährleistungen der Rechtsprechungsfunktion und eines fairen Gerichtsverfahrens
 - 3.5.1 Effektiver Rechtsschutz

- 3.5.1.1 Bedeutung des Art. 19 Abs. 4 GG
- 3.5.1.2 Der Begriff der öffentlichen Gewalt im Sinne des Art. 19 Abs. 4 GG
- 3.5.1.3 Einzelne Folgerungen aus Art. 19 Abs. 4 GG
- 3.5.1.4 Grenzen des Anwendungsbereichs
- 3.5.2 Rechtliches Gehör und faires Verfahren
- 3.6 Anforderungen an staatliches Strafen
 - 3.6.1 Verbot der Todesstrafe
 - 3.6.2 Keine Strafe ohne Gesetz
 - 3.6.3 Verbot der Mehrfachbestrafung
 - 3.6.4 Rechtsgarantien bei Freiheitsentziehung oder -beschränkung
- 3.7 Das Bundesverfassungsgericht
 - 3.7.1 Die Stellung des Bundesverfassungsgerichts
 - 3.7.2 Die Organisation des Bundesverfassungsgerichts
 - 3.7.3 Wahl und Rechtsstellung der Richter
 - 3.7.4 Die Zuständigkeiten des Bundesverfassungsgerichts (vgl. § 13 BVerfGG)
 - 3.7.4.1 Überblick über die wichtigsten Verfahren
 - 3.7.4.2 Organstreitverfahren
 - 3.7.4.3 Abstrakte Normenkontrolle
 - 3.7.4.4 Konkrete Normenkontrolle
 - 3.7.4.5 Bund-Länder-Streit
 - 3.7.4.6 Nichtanerkennungsbeschwerde
 - 3.7.5 Allgemeine Verfahrensvorschriften
 - 3.7.6 Das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zu anderen Gerichten
 - 3.7.6.1 Das Verhältnis zu den Fachgerichten
 - 3.7.6.2 Das Verhältnis zu den Landesverfassungsgerichten
 - 3.7.6.3 Das Verhältnis zum Gerichtshof der Europäischen Union

3.7.6.4 Das Verhältnis zum Europäischen
Gerichtshof für Menschenrechte

Lösung zu Fall 11: Das strafende Finanzamt

Sechster Teil: Finanzverfassung und Haushaltswesen

1. Kapitel: Die Finanzverfassung

1.1 Ausgabenzuständigkeit (und Haftung)

1.1.1 Das Konnexitätsprinzip

1.1.2 Ausnahme: Sachausgaben bei der
Auftragsverwaltung

1.1.3 Ausnahme: Geldleistungsgesetze

1.1.4 Ausnahme: Investitions- und Finanzhilfen

1.1.5 Haftung für die Verwaltungsführung

1.2 Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen in
Bezug auf Abgaben

1.2.1 Steuern und andere Abgaben

1.2.1.1 Steuern

1.2.1.2 Gebühren

1.2.1.3 Beiträge

1.2.1.4 Sonderabgaben

1.2.2 Die Steuergesetzgebungskompetenz gemäß
Art. 105 GG

1.3 Die Verteilung des Steueraufkommens gemäß Art.
106, 107 GG

1.3.1 Verteilungsmodelle

1.3.2 Die vertikale Steueraufteilung

1.3.2.1 Ausschließliche Ertragshoheit des
Bundes und ausschließliche Ertragshoheit der
Länder

1.3.2.2 Gemeinschaftsteuern

1.3.2.3 Ertragshoheit der Gemeinden

1.3.3 Die horizontale Steueraufteilung

1.3.4 Der Finanzausgleich

1.4 Finanzverwaltung und Finanzgerichtsbarkeit

2. Kapitel: Das Haushaltswesen

2.1 Grundsatz der Trennung der Haushalte von Bund
und Ländern

- 2.2 Das Haushaltsverfassungsrecht des Bundes
- 2.3 Nothaushalt (Art. 111 GG)
- 2.4 Kreditaufnahmen (Art. 115 GG)
- 2.5 Haushaltsvollzug und Haushaltskontrolle (Art. 112, 113, 114 GG)

Siebter Teil: Die zusätzlichen Gehalte der Staatsstrukturprinzipien

1. Kapitel: Rechtsstaat

Fall 12: Rückwirkung

1.1 Der Begriff Rechtsstaat

1.1.1 Der formelle Rechtsstaatsbegriff

1.1.2 Der materielle Rechtsstaatsbegriff

1.1.3 Der Rechtsstaatsbegriff des Grundgesetzes

1.2 Der Grundsatz der Gewaltenteilung

1.2.1 Ideengeschichtlicher Hintergrund

1.2.2 Sinn und Zweck

1.2.3 Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung

1.3 Rechtssicherheit und Rechtsschutz

1.3.1 Der Bestimmtheitsgrundsatz

1.3.2 Vertrauensschutz und Rückwirkungsverbot

1.3.2.1 Die Unterscheidung zwischen echter und unechter Rückwirkung

1.3.2.2 Die Unterscheidung zwischen der Rückbewirkung von Rechtsfolgen und tatbestandlicher Rückanknüpfung

1.4 Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz

Lösung zu Fall 12: Rückwirkung

2. Kapitel: Demokratie

Fall 13: Mitbestimmung des Personalrats

2.1 Rückbezug auf die Konkretisierungen im Grundgesetz

2.2 Formen der Vermittlung demokratischer Legitimation

Lösung zu Fall 13: Mitbestimmung des Personalrats

3. Kapitel: Sozialstaat

3.1 Historisches

3.2 Inhalt

3.3 Verhältnis zu den Grundrechten und zum
Rechtsstaatsprinzip

4. Kapitel: Bundesstaat

4.1 Begriff des Bundesstaates

4.2 Die Staatlichkeit der Gliedstaaten

4.2.1 Das Staatsvolk in den Ländern

4.2.2 Das Staatsgebiet der Länder

4.2.2.1 Veränderung der äußeren Staatsgrenzen

4.2.2.2 Neugliederung

4.2.2.3 Sezession?

4.2.3 Staatsgewalt in den Ländern und zur
Bedeutung des Souveränitätsbegriffs

4.3 Funktionen und Formen des Bundesstaates

4.4 Bundesfreundliches Verhalten

4.5 Verhältnis Bundesrecht - Landesrecht

4.6 Verteilung der Kompetenzen im Bereich der
Auswärtigen Beziehungen

5. Kapitel: Staatsziel Umweltschutz, Staatsziel Tierschutz

5.1 Struktur

5.2 Inhalt

Schlussbemerkung

Verzeichnis wichtiger im Lehrbuch angesprochener

Gerichtsentscheidungen

Stichwortverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

aA.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz)
Abl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
abw.	abweichend
AdG	Archiv der Gegenwart
aE.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF.	alte Fassung
AG	Ausführungsgesetz zu ...
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
AMG	Arzneimittelgesetz
ÄndG	Änderungsgesetz zu ...
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz)
AufenthG	Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern (Aufenthaltsgesetz)
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich

AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
Az.	Aktenzeichen
BaföG	Gesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BauGB	Baugesetzbuch
Bay.	Bayern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
bayr.	bayerisch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
BB	Brandenburg
BBG	Bundesbeamtenengesetz
Bbg.	Brandenburg, brandenburgisch
Bde.	Bände
BbgVerfG	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Berl.	Berlin, berliner
Bes.	Beschluss
BFHE	Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BImSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche,

	Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundesimmissionsschutzgesetz)
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BMinG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministertgesetz)
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)
BPolG	Gesetz über die Bundespolizei (Bundespolizeigesetz)
BPräsErnAnO	Anordnung des Bundespräsidenten über die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter des Bundes
BPräsFlaggAO	Anordnung des Bundespräsidenten über die deutschen Flaggen
BPWahlG	Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung
BR-Drs. Brem.	Drucksachen des Deutschen Bundesrates Bremen
BRHG	Gesetz über Errichtung und Aufgaben des Bundesrechnungshofes
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestages (Wahlperiode, Nummer)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes (Bundesverfassungsschutzgesetz)

BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BVerwZG	Bundesverwaltungszustellungsgesetz
BvR	Aktenzeichen einer Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht
BVwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes
BW	Baden-Württemberg
BWahlG	Bundeswahlgesetz
BWahlO	Bundeswahlordnung
BWStrG	Bundeswasserstraßengesetz
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CR	Computer und Recht
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DAJV	Deutsch-Amerikanische Juristen-Vereinigung
ders.	derselbe
DDR	Deutsche Demokratische Republik
dh.	das heißt
dies.	dieselbe
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Drs.	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
d. V.	der Verfasser
DV	Die Verwaltung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
eA.	einstweilige Anordnung
ECHR	Sammlung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (European Court of Human Rights Reports)

EG	Vertrag über die Europäischen Gemeinschaften
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
EGL	Ergänzungslieferung
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EP-DWA	Beschluss und Akt zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments (Direktwahlakt)
EStG	Einkommensteuergesetz
EU	Europäische Union
EuG	Gericht erster Instanz der Europäischen Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union (als Teilorgan)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EUZBBG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union
EUZBLG	Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
EV	Einigungsvertrag
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	folgende (Verweis nur auf eine der Seite folgende Seite)